

Opel Bochum:

Verzicht rettet keine Arbeitsplätze!

- ➔ Nein zu Werksschließung, Lohnverzicht und Arbeitsplatzabbau
- ➔ Gemeinsamer Kampf mit anderen Belegschaften
- ➔ IG Metall muss Widerstand organisieren

Seit Jahren wird die Opel-Belegschaft in Bochum im Unklaren über ihre Zukunft gelassen. Jetzt stehen Gesamtbetriebsrat und IG-Metall-Spitze vor einer Einigung mit dem Opel-Vorstand auf eine Lösung, die den „Tod auf Raten“ für das Bochumer Werk weiter vorantreibt: 700 Arbeitsplätze sollen vernichtet und Bochum ab 2016 zum Logistikstandort ohne Produktion werden – bei weiterem Lohnverzicht. Wie so oft in den letzten Jahren zeigt sich: Verzicht rettet keine Arbeitsplätze!

Unternehmenschef Thomas Sedran nahm sich im Dezember ganze 40 Sekunden, um auf einer Betriebsversammlung das Aus für 2016 zu verkünden. Und zwischenzeitlich drohte Stephen Girsky, der Vize-Chef des Mutterkonzerns GM, mit einer Schließung zum 1. Januar 2015 – falls nicht weiterer Verzicht geübt wird.

„Was wir brauchen, sind weitere beträchtliche Einsparungen“, so Girsky. Schon in den Vorjahren hatten die Beschäftigten immer wieder auf Lohnbestandteile verzichtet, um Opel zu „sanieren“. Zuletzt wurde einer Stundung der ursprünglich ab Mai fälligen Lohnerhöhung von 4,3 Prozent zugestimmt.

Opel Bochum ist indes ein Paradebeispiel dafür, dass Verzicht keine Arbeitsplätze sichert. Zur Zeit des Streiks 2004 gab es im Betrieb noch 9.600 Stellen, inzwischen sind es keine 6.000 mehr.

Reaktion der IG-Metall-Spitze

Bereits zum Zeitpunkt der Schließungsankündigung riefen die Betriebsrats- und IG-Metall-Spitzen zur „Besonnenheit“ auf. Betriebsratschef Einenkel hielt es auf der Pressekonferenz am 10. Dezember für geboten, vor „blindem Aktionismus“ zu warnen. Auch nach den jüngsten Erpressungsversuchen schloss Einenkel einen Streik erst mal aus. Dabei wäre ein entschlossener Kampf das Gebot der Stunde.

SAV-Treffen: Dienstag, 5. März, 18 Uhr Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

Der Kapitalismus ist in der Krise. Im Interesse des Profits werden weltweit Arbeitsplätze vernichtet, soziale und demokratische Rechte abgebaut und die Umwelt zerstört. Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche sind auf der Suche nach Alternativen.

Die SAV kämpft für eine sozialistische Demokratie. Doch ist Sozialismus möglich? Ist der Mensch nicht zu gierig, zu faul und zu egoistisch?

Yellow Pepper's, Schützenstr. 46, Dortmund



Europaweite Krise und Gegenwehr

Anderswo gibt es weniger Zurückhaltung. Im Peugeot-Werk Aulnay-sous-Bois bei Paris wurde Mitte Januar ein Ausstand begonnen. Im Ford-Werk im belgischen Genk ruhten die Bänder im Januar ebenfalls – dank des Streiks bei einem wichtigen Zulieferer, der von der für 2014 geplanten Schließung auch betroffen wäre.

Die Einschläge kommen näher. Am 24. Januar schrieb die FAZ: „Der Automarkt bleibt auf Jahre hinaus schwach. Es gibt zu viele Fabriken.“ Seit Sommer 2012 wurde bereits die Streichung von 30.000 Arbeitsplätzen in Europas Autowerken bekannt gegeben, fünf Betriebe sollen dichtmachen. Fiat-Boss Sergio Marchionne fordert ein koordiniertes Abschlagen auf dem Kontinent nach US-amerikanischem Vorbild – dort wurden in der letzten Rezession 18 Autofabriken plattgemacht.

Solidaritätskampagne und Widerstandskonferenz?!

Die „Alternative“-Gruppe im Daimler-Werk in Berlin-Marienfelde fordert angesichts der Schließungspläne bei Opel Bochum von der IG-Metall-Spitze einen grundlegenden Kurswechsel. Auf ihrem Treffen am 27. Januar beschlossen die KollegInnen einen Offenen Brief an den Vorstand der IG Metall (www.bit.ly/XXTQfs). Darin plädieren sie dafür, im Bochumer Werk unmittelbar mit Beratungen über einen Ausstand zum Erhalt der Arbeitsplätze und des Betriebes zu beginnen. Die Belegschaft muss dabei unterstützt werden – so die Berliner „Alternative“ –, die Arbeit niederzulegen und eine breite Solidaritätskampagne in der ganzen Region, an allen Opel-Standorten und in der gesamten Branche loszutreten. Die IG Metall könnte dabei helfen, Delegationen in andere Werke zu schicken, um Solidarität einzufordern. In Bochum und Region könnten Versammlungen organisiert, bei anderen Betrieben, in Schulen und in Stadtteilen über den Arbeitskampf in-

formiert und möglicherweise eine Großdemonstration auf die Beine gestellt werden.

Zudem wird darauf gepocht, dass die IG Metall jetzt ein Kampfprogramm ausarbeitet – eine gemeinsame Strategie für Gegenwehr. Vorgeschlagen wird konkret, dass die IG Metall in diesem Frühjahr eine offene Widerstandskonferenz von Vertrauensleuten der verschiedenen Autowerke in Deutschland und Europa mit internationaler Beteiligung durchführt.

Verstaatlichung unter demokratischer Arbeiterkontrolle!

Die Konzernchefs wollen Opel Bochum dicht machen, weil sie die Krise der Autoindustrie auf dem Rücken der KollegInnen abwälzen wollen, um ihre Profite zu retten. Sie sind unfähig, eine „sozialverträgliche“ Lösung für die Belegschaft und die Region zu bieten.

Darum sollte das Werk in öffentliches Eigentum überführt, also unter der Kontrolle von demokratisch gewählten VertreterInnen von Beschäftigten, Gewerkschaften, VerbraucherInnen und Bevölkerung verstaatlicht werden – diese VertreterInnen dürften nicht mehr als einen Facharbeiterlohn verdienen und müssten rechenenschaftspflichtig sein. So könnte eine Lösung gefunden werden, Know-How und Produktionsanlagen in Bochum im Interesse von Mensch und Umwelt zu nutzen und sogar noch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Was will die SAV?

Kapitalismus bedeutet Krise, Kriege, Sozialabbau, Umwelterstörung, Rassismus und Diskriminierung. Dagegen muss massenhafter Widerstand organisiert werden. Dafür sind wir aktiv in der Partei DIE LINKE, den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch durch die arbeitende Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der DDR oder der Sowjetunion existierten.

Die SAV ist Teil der weltweiten sozialistischen Organisation „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI/CWI). Ziel ist der weltweite Aufbau sozialistischer Massenorganisationen, die dafür sorgen können, den Kapitalismus durch Bewegungen der ArbeiterInnen und Jugendlichen zu stürzen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen.

- Demokratisches öffentliches Eigentum an Banken und Konzernen
- Kooperation und demokratische Planung statt Marktkonkurrenz und Profitlogik
- Nein zum Europa der Banken und Konzerne – für ein sozialistisches Europa der arbeitenden Bevölkerung